

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 13.12.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 18:58 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Manfred Sommer	Ausschussvorsitzender, MitBÜRGER für Halle	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	vertrat Herrn Busse, Jürgen
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Renee Fischer	Verwaltung	
Herr Rene Müller	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	vertrat Herrn Dr. Wiegand, Bernd
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Jürgen Busse	CDU	wurde vertreten durch Herrn Hildebrandt, Roland
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bernd Wiegand	OB	wurde vertreten durch Frau Wildgrube, Martina
Frau Julia Burghardt	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, eröffnet. Er gab bekannt, dass der bisherige Ausschussvorsitzende, Herr Paulsen, sein Mandat als Stadtrat niedergelegt habe und der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Knöchel, sich für die Sitzung entschuldigt habe. Demnach müsse nach § 21 Absatz 3 der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse der Ausschuss aus seiner Mitte einen Sitzungsleiter bestimmen.

Frau Dr. Schöps, Sachkundige Einwohnerin, schlug als Sitzungsleiter Herrn Sommer vor. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, stimmte dem zu.

Herr Stäglin bat um Abstimmung zum eingebrachten Vorschlag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle, bedankte sich und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und fragte nach Änderungswünschen. Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, bat um Rückstellung des TOP 5.3.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Sommer bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.11.2012
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2012/10948
 - 4.2. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931
 - 4.2.1. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284

- 4.2.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291
- 4.2.3. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis
Vorlage: V/2012/11329
- 4.3. Resolution zur Entlastung von nächtlichem Fluglärm
Vorlage: V/2012/11175
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: V/2012/11057
 - 5.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066
 - 5.3. Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076
- abgesetzt**
- 5.4. Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum zeitlich optimierten Ersatz von Notebooks in der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/11087
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
 - 7.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale) V/2012/10844 - Haushalterische Auswirkungen ab dem Jahr 2013
Vorlage: V/2012/11155
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.11.2012

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den TOP.
Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 01.11.2012.
Herr Sommer bat um Abstimmung der geänderten Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept** **Vorlage: V/2012/10948**

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass zu dieser Vorlage ein Änderungsantrag, welcher als Tischvorlage verteilt wurde, vorliege. Er übergab das Wort an die Verwaltung.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass der Beschlussvorschlag durch die Verwaltung überarbeitet wird. Ein Vergleich der CO₂-Emissionen wurde als Tischvorlage als Information verteilt.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Aufnahme des Änderungsantrages ihrer Fraktion. Sie merkte an, dass dieser nicht nur im Ausschuss, sondern auch im Stadtrat behandelt werden müsse. **Herr Stäglich** teilte mit, dass es der Verwaltung so kurzfristig nicht möglich sei, zu diesem Änderungsantrag Stellung zu beziehen. Er bat um Vertagung bis zur nächsten Sitzung.

Herr Dr. Fuchs, Sachkundiger Einwohner, merkte an, dass in der Vorlage die Auswirkungen auf den Bürger fehlen. Er möchte gern dargestellt haben, welche Kosten entstehen. Weiterhin wies er darauf hin, dass die angegebene Höhe von 0,6 % in Bezug auf die Preissteigerung der Energiekosten sehr schön wäre. Tatsächlich sei aber mit einer Steigerung in Höhe von 5 bis 10 % zu rechnen.

Herr Stäglich teilte mit, dass man sich einig sei, was die Kosten betreffe. Das Programm sei ausgelegt für ein bis zwei Jahre. Dies sei für die anstehenden Haushaltsberatungen besser. Bezüglich der Kosten für die Bürger wurden auch die Beratungs- und Dienstleistungen berücksichtigt.

Frau Dr. Brock wies darauf hin, dass ein Beschluss auch daher wichtig sei, um den regionalen Mittelstand zu fördern. Weiterhin merkte sie an, dass die Anzahl der Beratungen kein Hinweis auf Erfolg sei. Sie wünsche sich mehr Output-Orientierung.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, teilte mit, dass seine Fraktion mit der Informationsvorlage sehr zufrieden sei. Es sei keine Beschlussfassung notwendig, da generell die aufgestellten Handlungsmöglichkeiten zur CO₂-Reduzierung für Kommunen in Bundesgesetzen geregelt seien.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: vertagt
 durch die Verwaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis.

zu 4.2 **Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) unterlagen bitte mitbringen 2.** **Lesung** **Vorlage: V/2012/10931**

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass zu dieser Vorlage drei Änderungsanträge vorliegen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass sie zwei Vorlagen auf dem Tisch habe und

möchte gern wissen, welche dieser beiden jetzt aktuell sei. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, teilte mit, dass dies generell ein Problem der Verwaltung sei. Es sollte auf den geänderten Vorlagen ersichtlich sein, welche die derzeit gültige Fassung sei. **Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sicherte zu, dass die Verwaltung diese Anregung aufnehme.

Herr Sommer teilte mit, dass nunmehr die Änderungsanträge behandelt werden.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11284**

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Antragstellerin. **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, begründete die Antragstellung.

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Sommer bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag wird gestrichen:

- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)

**zu 4.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
Vorlage: V/2012/11291**

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und begründete die Antragstellung seiner Fraktion.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, möchte gern wissen, ob der Antragsteller die Mitgliedschaft löschen möchte oder eine Kündigung geprüft werden sollte. **Herr Misch, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass die Verwaltung jederzeit seine Mitgliedschaften überprüfen sollte.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass es neben der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland auch den Zusammenschluss Metropolregion Mitteldeutschland, in der die Stadt Mitglied sei, gebe.

Frau Raab, FDP-Fraktion, möchte gern wissen, welche Mitgliedschaft notwendiger sei. **Herr Stäglich** teilte mit, dass die Mitgliedschaft in der Metropolregion eine viel weitere Bandbreite habe. Bei der Wirtschaftsinitiative gehe es dagegen um eine Vernetzung vor allem in der Region Halle/Leipzig. Er verweist auf die schriftlich vorgelegte Darstellung zur Frage der Kündigung einer der beiden Mitgliedschaften.

Herr Scholtyssek stimmte der Aussage von Herrn Stäglin zu. Er wies darauf hin, dass der Antrag jedoch auf eine Prüfung abziele.

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle, stimmte zu, dass der Antrag ein Prüfauftrag an die Verwaltung sei.

Herr Misch bat um Mitteilung sachlicher Gründe, welche für Effekte für die Stadt in den beiden Mitgliedschaften entstünden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Sommer bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Es wird ein zweiter Beschlusspunkt hinzugefügt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

**zu 4.2.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.:
V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis
Vorlage: V/2012/11329**

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an den Antragsteller.

Frau Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete die Antragstellung ihrer Fraktion.

Frau Raab, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass die Verwaltung auf der einen Seite eine Vorlage zum Integrierten Kommunalen Klimaschutz einbringe und auf der anderen Seite solle jetzt hier eine Mitgliedschaft in einem Klima-Bündnis gekündigt werden. Sie könne dies nicht so ganz nachvollziehen. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, erklärte, dass zu diesen Thema Städtepartnerschaften und andere Netzwerke genutzt werden können.

Herr Misch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass die Verwaltung bei der Erstellung der Klimaschutzkonzeption sehr gute Arbeit gemacht habe. Auch die Stadtwerke und die HWS haben sehr vorbildliche Projekte erstellt.

Frau Brock wies darauf hin, dass die Stadt seit 20 Jahren Mitglied sei und eine solche Mitgliedschaft schon aus diesem Grund einen symbolischen Charakter habe. Weiterhin habe die Verwaltung durch die Umstrukturierungen jetzt sogar ein Dienstleistungszentrum Klimaschutz.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass der Beitrag für die Mitgliedschaft in Höhe von 1.300,00 € der größte Posten in der Streichliste sei. Es seien doch die Kommunikationswege wichtiger als Mitgliedschaften.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, teilte mit, dass er den Antrag ablehnen werde. Weiterhin merkte er an, dass mit der Vorlage insgesamt sehr halbherzig umgegangen wurde.

Herr Misch wies darauf hin, dass die heutigen Kommunikationsmöglichkeiten viel umfangreicher sein und demnach eine weitere Mitgliedschaft nicht notwendig sei.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, merkte an, dass man regelmäßig prüfen sollte, welche Mitgliedschaften noch notwendig seien.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag der Vorlage wird der folgende Unterpunkt gestrichen:

- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, gab noch einmal die Möglichkeit zur Wortmeldung zur Beschlussvorlage.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, bat um Ergänzung des Prüfauftrages aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 20.11.2012. Weiterhin bat er um Anpassung des aktuellen Sachstandes bezüglich der Mitgliedschaft in German Industry & Commerce Co. Shanghai.

Frau Dr. Schöps, Sachkundige Einwohnerin, bat um Ablehnung, da die Einsparungen zu gering seien.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, bat um Abstimmung der Beschlussvorlage mit den beschlossenen Änderungsanträgen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften:

- ~~**Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)**~~
- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- Gesunde Städte – Netzwerk (für 2012 und 2013 je 500,00 €)
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (26,00 €)
- Hallescher Musikrat e. V. (15,00 €)
- Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (54,00 €)
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (200,00 €)

2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.**

zu 4.3 Resolution zur Entlastung von nächtlichem Fluglärm
Vorlage: V/2012/11175

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt.

Herr Misch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass er die Resolution gut findet. Er bat darum, dass der letzte Satz im ersten Absatz herausgenommen werde und an den zweiten Absatz angefügt werde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, stimmte dem zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Anmerkung:

ursprünglicher Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) unterstützt das Engagement der Stadtverwaltung und der Vertreter der Stadt Halle in der Fluglärmkommission des Flughafens Leipzig/Halle zur Optimierung des Betriebsregimes des Flughafens zwecks Entlastung der halleschen Bürger von Fluglärm. Hier kommen insbesondere die verbesserte Führung von Flugrouten, die Einführung intelligenter Bahnnutzungssysteme und die Forcierung von Flottenerneuerungen in Betracht.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stellt fest, dass derzeit insbesondere die Bürger im halleschen Osten durch den Fluglärm gestört werden und insoweit Handlungsbedarf besteht. Er verkennt dabei nicht, dass ein angemessener Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens und seiner Kunden als auch der lärmbeeinträchtigten Bürger außerhalb Halles gefunden werden muss.

Der Flughafen Leipzig/Halle trägt als ein entscheidender Wirtschaftsfaktor dazu bei, dass Halle zu den europäischen Wachstumsregionen zählt. Er ist ein Alleinstellungsmerkmal und wichtiges Infrastrukturmerkmal für die gesamte Region und einer der größten Arbeitgeber der Region Halle/Leipzig.

Der hallesche Osten ist insbesondere dadurch besonders belastet, dass ein Großteil der nächtlichen Starts von der Südbahn erfolgt und demgemäß schwerpunktmäßig die über das hallesche Stadtgebiet führenden Flugrouten nutzt. Hier müssen intelligente Lösungen unter Abwägung von z. B. wirtschaftlichen Interessen gefunden und Verbesserungen für die hallesche Bevölkerung erreicht werden, ohne zu unzumutbaren Belastungen der übrigen Region zu führen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) unterstützt das Engagement der Stadtverwaltung und der Vertreter der Stadt Halle in der Fluglärmkommission des Flughafens Leipzig/Halle zur Optimierung des Betriebsregimes des Flughafens zwecks Entlastung der halleschen Bürger von Fluglärm. ~~Hier kommen insbesondere die verbesserte Führung von Flugrouten, die~~

~~Einführung intelligenter Bahnnutzungssysteme und die Forcierung von Flottenerneuerungen in Betracht.~~

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stellt fest, dass derzeit insbesondere die Bürger im halleschen Osten durch den Fluglärm gestört werden und insoweit Handlungsbedarf besteht. Er verkennt dabei nicht, dass ein angemessener Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens und seiner Kunden als auch der lärmbeeinträchtigten Bürger außerhalb Halles gefunden werden muss.

Hier kommen insbesondere die verbesserte Führung von Flugrouten, die Einführung intelligenter Bahnnutzungssysteme und die Forcierung von Flottenerneuerungen in Betracht.

Der Flughafen Leipzig/Halle trägt als ein entscheidender Wirtschaftsfaktor dazu bei, dass Halle zu den europäischen Wachstumsregionen zählt. Er ist ein Alleinstellungsmerkmal und wichtiges Infrastrukturmerkmal für die gesamte Region und einer der größten Arbeitgeber der Region Halle/Leipzig.

Der hallesche Osten ist insbesondere dadurch besonders belastet, dass ein Großteil der nächtlichen Starts von der Südbahn erfolgt und demgemäß schwerpunktmäßig die über das hallesche Stadtgebiet führenden Flugrouten nutzt. Hier müssen intelligente Lösungen unter Abwägung von z. B. wirtschaftlichen Interessen gefunden und Verbesserungen für die hallesche Bevölkerung erreicht werden, ohne zu unzumutbaren Belastungen der übrigen Region zu führen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Gefahrenabwehrverordnung Vorlage: V/2012/11057

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Antragstellerin. **Frau Raab, FDP-Fraktion**, begründete die Antragstellung ihrer Fraktion.

Frau Wildgrube, Grundsatzreferentin, teilte mit, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handle und die Verwaltung diesen annehme.

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass, wenn eine solche Regelung beschlossen werde, die Verwaltung darstellen solle, wie sie diese durchsetzen könne.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) prüft im Rahmen der Gefahrenabwehrverordnung die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen und Maßnahmen zur Reduzierung des Taubenbestandes.

zu 5.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur temporären Installierung mobiler Fahrradabstellanlagen auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/11066

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Antragstellerin. **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, begründete die Antragstellung seiner Fraktion.

Frau Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass es besser wäre, bestehende feste Fahrradabstellanlagen aufzustocken. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, teilte mit, dass dies nicht notwendig sei, da im Umfeld genügend vorhanden sei. **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte, dass die Verwaltung die Punkte eins und zwei zustimmt. Die finanziellen Ressourcen fehlen. Bei anstehenden Baumaßnahmen werde man dies mit berücksichtigen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte an, dass die Veranstalter die Kosten zu tragen haben. Dies sei jedoch nicht förderlich, um mehr Veranstaltungen in die Stadt zu bekommen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung soll zukünftig bei der Vertragsgestaltung mit Veranstaltern, die eine Veranstaltung auf dem Marktplatz planen, berücksichtigen, dass für stationäre Fahrradabstellanlagen, die in Vorbereitung bzw. zur Durchführung der Veranstaltungen gesperrt werden müssen, vom Veranstalter Ersatz in Form von mobilen Abstellanlagen geschaffen wird.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die mobilen Abstellanlagen von der Stadt Halle (Saale) zur Ausleihe zur Verfügung gestellt werden können.
3. ~~Die Stadtverwaltung sorgt während der Veranstaltung für eine ausreichende Ausschilderung der alternativen Fahrradabstellanlagen.~~

zu 5.3 Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche
Vorlage: V/2012/11076

Abstimmungsergebnis: abgesetzt
durch Antragsteller

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung nimmt Verhandlungen mit dem Ziel auf, dass mit Hilfe der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und in Abstimmung mit der Evangelischen Paulusgemeinde Halle eine dauerhafte Illumination der Pauluskirche erreicht wird.

zu 5.4 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum zeitlich optimierten Ersatz von Notebooks in der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/11087

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an den Antragsteller. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, begründete die Antragstellung seiner Fraktion.

Frau Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass der Antrag leider nur auf Notebooks abziele. Der Austausch von Röhrenmonitoren zum Beispiel würde sich schnell rechnen, da neuere Geräte weniger Strom verbrauchen.

Herr Schütze, Abteilungsleiter DV-Koordination, teilte mit, dass die Standardausstattung in der Verwaltung ein fester PC sei. Nur da, wo die Notwendigkeit vorhanden sei, gebe es eine mobile Ausstattung. Diese sei so lange im Einsatz, bis diese nicht mehr reparabel bzw. softwarekompatibel sei.

Herr Scholtyssek erklärte aufgrund der Aussage der Verwaltung den Antrag als erledigt.

Abstimmungsergebnis: erledigt
durch Erklärung des Antragstellers

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) berücksichtigt bei der Neubeschaffung von Notebooks im Rahmen ihrer Informations- und Kommunikationstechnologie (Green IT) die Erkenntnisse neuer Studien zum Ressourcenverbrauch. ~~Demnach ist eine längere Nutzungsdauer der Notebooks einem Ersatz durch neue stromsparendere Geräte vorzuziehen.~~ **Demzufolge haben bei der Beschaffung von IT Technologie Wirtschaftlichkeit, Funktionsfähigkeit und ökologische Gesichtspunkte gleichermaßen eine Rolle zu spielen.**

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte zum Sachstand TH EFRE-Projekte „Pilothafte Untersuchung zur Feststellung von geeigneten Maßnahmen zum Schutz von Infrastruktureinrichtungen vor dauerhaft hohen Grundwasserständen“ in Halle-Neustadt und Halle-Dautzsch. Die Stadt Halle hat im Oktober 2011 mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt 2 Zuwendungsverträge zur Durchführung der o.g. Pilotprojekte abgeschlossen. Die Laufzeit der Verträge endete am 30.11.2012. Am 29.11.2012 wurden die Ergebnisse der beiden Pilotprojekte dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt und der Landesanstalt für Altlastenfreistellung (als Projektträger der Fördermittel für Maßnahmen gegen Vernässungen im Land Sachsen-Anhalt) präsentiert.

Eine Vorstellung der zusammengefassten Ergebnisse der Pilotprojekte soll weiterhin am 16. Januar 2013 vor dem zeitweiligem Ausschuss des Landtages Sachsen-Anhalt für

Grundwasserprobleme, Vernässungen und das dazugehörige Wassermanagement erfolgen. Dabei wird ein Ausblick zum weiteren Vorgehen gegeben. Die Verwaltung erarbeitet derzeit Aufgabenstellungen, die der weiteren Untersetzung der aufgezeigten Lösungsvorschläge dienen. Diese vertiefenden Untersuchungsleistungen sollen im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung von sowie Vorbeugung gegen Vernässung oder Erosion zur Förderung angemeldet werden. Unter dem Blickwinkel der freiwilligen Leistungen wird sich die Verwaltung zunächst auf diese beiden Pilotprojekte konzentrieren.

Vor der Bewerbung um Fördermittel wird die Verwaltung im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und im Planungsausschuss berichten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale) V/2012/10844 - Haushalterische Auswirkungen ab dem Jahr 2013
Vorlage: V/2012/11155**

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte zu den haushalterischen Auswirkungen zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale). Der Bedarf der Ersatzpflanzungen ergibt sich aus der Anzahl der gefälltten Bäume und der Optimierung der Baumstandorte.

Im Schnitt werden jährlich ca. 200 Bäume im Stadtgebiet von Halle gefällt. Die erforderlichen Ersatzpflanzungen bedürfen einer jährlichen Pflege, die sowohl den Baum selbst als auch die Baumscheibe und die Baumverankerung beinhaltet.

Für eine standortgerechte Erziehung und Pflege sind Maßnahmen über einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren erforderlich. Die Erfordernisse ergeben sich aus dem Straßengesetz und der ZTV Baumpflege.

Aus dem derzeit zur Verfügung stehen Budget können in qualitativ gesicherter Ausführung real 10 Bäume ersetzt werden.

Kostenberechnung pro Baum im Zeitraum von 15 Jahren

Zeitraum pro Baum	Kosten/Euro
Baumpflanzung incl. 3 jähriger Fertigstellungs- u. Entwicklungspflege	2.260,00
Baumpflege Jugendphase 4. Standjahr	213,30
Baumpflege Jugendphase 5. Standjahr	213,30
Baumpflege Reifephase 6. Standjahr	136,30
Baumpflege Reifephase 7. Standjahr	136,30
Baumpflege Reifephase 8. Standjahr	136,30
Baumpflege Reifephase 9. Standjahr	136,30
Baumpflege Reifephase 10. Standjahr	136,30
Baumpflege Reifephase 11. Standjahr	136,30
Baumpflege Reifephase 12. Standjahr	136,30
Baumpflege Reifephase 13. Standjahr	136,30
Baumpflege Reifephase 14. Standjahr	136,30
Baumpflege Reifephase 15. Standjahr	136,30
Kosten	4.049,60
Kosten gerundet	4.050,00

Kostenberechnung für 200 Bäume im Jahr

Zeitraum pro Baum	Kosten/Euro
im HHJ 2013	
Baumpflanzung incl. 3 jähriger Fertigstellungs- u. Entwicklungspflege	452.000,00
Baumpflege Jugendphase 4. Standjahr	42.666,65
Baumpflege Jugendphase 5. Standjahr	42.666,65
ab HHJ 2016 Reifephase und Folgejahre	
Baumpflege Reifephase 6. Standjahr	27.266,65
Baumpflege Reifephase 7. Standjahr	27.266,65
Baumpflege Reifephase 8. Standjahr	27.266,65
Baumpflege Reifephase 9. Standjahr	27.266,65
Baumpflege Reifephase 10. Standjahr	27.266,65
Baumpflege Reifephase 11. Standjahr	27.266,65
Baumpflege Reifephase 12. Standjahr	27.266,65
Baumpflege Reifephase 13. Standjahr	27.266,65
Baumpflege Reifephase 14. Standjahr	27.266,65
Baumpflege Reifephase 15. Standjahr	27.266,65
Kosten	809.999,80
Kosten gerundet	810.000,00

Kostenberechnung für 200 Bäume im Jahr ab dem Haushaltsjahr 2013

Zeitraum ab HHJ	Kosten/Euro
HHJ 2013	
Baumpflanzung incl. 3 jähriger Fertigstellungs- u. Entwicklungspflege	452.000,00
HHJ 2014	452.000,00
HHJ 2015	452.000,00
ab HHJ 2016 Baumpflanzung und Pflege	495.000,00
HHJ 2017	495.000,00
ab HHJ 2018 u. Folgejahre	522.000,00

Herr Misch, CDU-Fraktion, bat um Mitteilung, welche Mittel differenziert nach Grünpflege, Baumpflege und Ersatzleistungen realistisch benötigt werden. Die Verwaltung sicherte eine Aufbereitung zu.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, möchte gern wissen, warum eine große Hainbuche an der Brücke Riveufer/Höhe Peißnitz gefällt wurde. Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte an, ob seit der Einführung von Tempo 30 in der Regensburger Straße Verkehrskontrollen durchgeführt wurden. Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Gab es dazu Abstimmungen mit dem Saalekreis? Die Verwaltung wird schriftlich antworten.

Herr Schulze, Sachkundiger Einwohner, möchte gern wissen, ob es trotz des Umstrukturierens im Rathaus weiterhin ein Ansprechpartner zum Thema Graffiti gebe. An wen könne er sich zukünftig wenden? Weiterhin fragte er an, ob die Wahlversprechen des neuen Oberbürgermeisters in Bezug auf eine Aufstockung der City-Streife umgesetzt wurden bzw. wann dies umgesetzt werde. Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Frau Dr. Schöps, Sachkundige Einwohnerin, regte an, dass die Verwaltung die Übersichten über die Bauminspektionen und zu den Baumfällungen regelmäßig aktualisiert. Die Verwaltung nimmt dies mit.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, regte an, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses mitteile, was sich aufgrund der Verwaltungsreform für den Ausschuss ändere.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Sommer, Vorsitzender des Ausschusses, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.12.2012

Martina Wildgrube
Grundsatzreferentin

Manfred Sommer
Ausschussvorsitzender

Uwe Stäglin
Beigeordneter

René Müller
Protokollführer